

Protokoll:

Zur Maßnahme „Erstellung eines Fokuskonzeptes Wärme- und Kältenutzung“ wird auf Nachfrage aus der Mitte des Ausschusses durch Frau Körner erläutert, dass der Vortrag zum Thema Geothermie in der letzten Sitzung des Umweltausschusses dazu dienen sollte, die verschiedenen Möglichkeiten von Wärmequellen in der Stadt zu untersuchen. Ferner führt sie aus, dass in Zeile 14 (sonstige laufende Maßnahmen) erwähnte integrierte Vorreiterkonzept mit dem Ziel 2040 als Stadt Koblenz klimaneutral zu sein, solle dazu dienen, durch Untersuchungen der städtischen Immobilien bereits 2035 diese Kriterien zu erfüllen. Mit einem Endergebnis des Konzeptes sei hoffentlich Mitte 2024 zu rechnen.

Herr Mader (Amt 36) stellt klar, es gebe derzeit keine konkreten städtischen Maßnahmen, in deren Rahmen die Präsentation des Planungsbüros Pohl zur Geothermie erfolgt sei. Hintergrund dieser sei gewesen, vor der aktuellen Energiekrisensituation den politischen Entscheidungsträgern Lösungsmöglichkeiten – auch im Wasserschutzgebiet – aufzuzeigen. Die Anregung seitens des Ausschusses, die Präsentation auf der Homepage der Stadt Koblenz für die Bürger im Internet zugänglich zu machen, werde die Verwaltung gerne aufnehmen. Allerdings könne diese bereits jetzt über das Bürgerinformationssystem der Stadt Koblenz eingesehen werden.

Nach Ansicht eines Ausschussmitgliedes hänge die Stadt mit ihren 86 eigenen Gebäuden in Sachen Klimaschutz deutlich hinterher, wie z.B. beim hydraulischen Abgleich bei Heizungsanlagen oder auch beim Thema Photovoltaikanlagen, was bei privaten Immobilien bereits Standard sei. Hierzu brauche es auch das notwendige Personal in der Verwaltung. Weiter wird die Frage aufgeworfen, ob die Aufgabe Klimaschutz weiterhin organisatorisch als Stabsstelle direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt bleiben solle oder eine Rückführung zum Umweltamt geplant sei.

Oberbürgermeister Langner antwortet, für die technische Umsetzung der genannten Maßnahmen wie z.B. die Umrüstung der Heizungsanlagen oder die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern sei das Zentrale Gebäudemanagement zuständig. Viele Bereiche innerhalb der Verwaltung seien vom Klimaschutz betroffen. Frau Körner mit ihrer Mitarbeiterin könne als Klimaschutzbeauftragte nur die verschiedenen Verfahren anstoßen und koordinieren, aber im Baubereich befänden sich die wesentlichen Akteure, die sich mit diesen Fragen befassen müssten.

Gerade mit Blick auf die verschiedenen betroffenen Aufgabenbereiche und Ämter in unterschiedlichen Dezernaten, die zur Umsetzung notwendig seien, habe man seinerzeit den Klimaschutz bei seinem Dezernat mit entsprechender Gewichtung angesiedelt, da das Thema sonst nur ein Sachgebiet unter vielen im Umweltamt sei.

Auch hätten diverse geplante Maßnahmen zum Energiesparen bei städtischen Immobilien nicht umgesetzt werden können, weil Lieferengpässe oder fehlende Fachfirmen einer Realisierung entgegenstünden.

Ein Ausschussmitglied vertritt die Auffassung, dass im Bereich des Amtes 36 sowie beim Klimaschutz generell zu wenig Stellen im Vergleich zu anderen Ämtern vorhanden seien, um die Aufgaben zu bewältigen. In ihres Erachtens seien die Mitglieder des Stadtrates hier auch in der Pflicht, für eine

ausreichende Mitarbeiterausstattung im Rahmen der politischen Entscheidungen zu sorgen, damit die Ziele erreicht werden könnten.